

Entwicklungshemmnis Rohstoffreichtum!?

Bergbau in Südost-/Ostasien: Probleme, Proteste und Alternativen



philippinenbüro e.V.
im Asienhaus

Liebe Leserinnen und Leser,

das philippinenbüro e. V. im Asienhaus ist ein unabhängiges, sozio-politisches Informationszentrum. Unsere Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts- und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations- und politischen Bildungsarbeit vermittelt das Büro Kontakte in die Philippinen und fungiert als Dokumentationszentrum. Wir sind Teil des Projektes Asienhaus, in dem wir eng mit der Stiftung Asienhaus und der Südostasien Informationsstelle zusammenarbeiten. Alle drei Organisationen betreiben Kampagnen-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zu sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Entwicklungen in Asien und der Verantwortung europäischer/deutscher Politik und Unternehmen.

Das philippinenbüro steht in engem Austausch mit verschiedenen europäischen und asiatischen Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerken, die in Asien oder zu Themen der Globalisierung tätig sind. Wir bringen die Philippinen als ein Beispielland für Themen wie Menschenrechte, Klimawandel, Migration, Landrechte, Ressourcenverbrauch, Demokratisierung, etc. in aktuelle Diskussionen ein.

Das Thema Bergbau bildet seit 2008 einen thematischen Schwerpunkt im philippinenbüro und im Asienhaus. Das Thema Rohstoffausbeutung verbindet viele Themen unserer Arbeit, wie Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Missachtung von Arbeitsrechten, etc.

Wir wollen über die Auswirkungen des Bergbaus in Asien informieren sowie Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und anregen. Ein wichtiger Teil davon ist die Frage, welche Konzepte und Ideen von der südost-/ostasiatischen Zivilgesellschaft entwickelt werden, um die Rohstoffe als Beitrag für die Entwicklung der eigenen Gesellschaften zu nutzen. Diese Alternativen, neuen Gesetze und Konzepte sollen in die europäische und deutsche Rohstoffstrategie Einzug finden.

Euer philippinenbüro e. V.

Bergbau in rohstoffreichen Ländern, das bedeutet häufig hohe Erwartungen und ernüchternde Wirklichkeit. Deutsche und europäische Politik unterstützen die Jagd nach Rohstoffen, fordern vor allem für ihre Unternehmen Rechte, wie Investitionssicherheit und Marktzugang. Dahingegen haben die Unternehmen kaum Pflichten.

Gold aus Laos, Seltene Erden aus Malaysia, Nickel aus den Philippinen, Kohle aus Indonesien, Rohstoffe aus Südostasien stecken schon heute in vielen unserer Produkte. Oft wird vergessen, welche Rohstoffe überhaupt genutzt werden; Lithium für neue Hochleistungsbatterien, Yttrium in LCD- und Plasmabildschirmen, Neodym in Lasern, Samarium in Dauermagneten, Terbium in Leuchtstoffen, Palladium in Mobiltelefonen. Wer »Palladium« noch nie gehört hat, besitzt vielleicht kein Smartphone, sondern noch ein älteres Mobiltele-

fon, in dem neben neun Milligramm des Metalls auch noch 250 Milligramm Silber, 24 Milligramm Gold sowie neun Gramm Kupfer und vier Gramm Kobalt verbaut sind. Bis zu 30 Tonnen Kupfer sind übrigens in einer Offshore-Windanlage zu finden.

Durch immer kürzere Produktzyklen, stärkere Nachfrage nach Hightech-Produkten, neue Produktions- und Konsumorte erlebt der Rohstoffabbau seit dem Ende der 1990er Jahre einen Boom. Die Rohstoffpreise sind stark gestiegen, der Abbau erfolgt in immer schlechter zu erreichenden Regionen. Viele ExpertInnen sind sich sicher, dass wir uns in Zeiten von Peak Oil befinden, mithin der größere Teil der Ölreserven bereits gefördert wurde. Andere AutorInnen errechnen schon Peak Everything, also den Punkt, an dem nahezu alle Rohstoffe ihre maximale Fördermenge überschritten haben. Südostasien besitzt reiche Lagerstät-

ten und wird längst von Rohstoffkonzernen aus Europa, Nordamerika und Australien in den Blick genommen, doch auch ostasiatische und südostasiatische Konzerne greifen nach Rohstoffen.

Die Hoffnung auf wirtschaftlichem Aufschwung und Entwicklung veranlasst gerade in asiatischen Ländern die Regierungen dazu, den Bergbausektor zu fördern und Bergbaukonzerne ins Land zu locken.

Der Rohstoffrausch geht oftmals mit Umweltzerstörung und Verletzungen elementarer Menschenrechte sowie indigener Rechte einher. Proteste gegen diese Rechtsverletzungen vermehren und vernetzen sich zunehmend. In Malaysia sind die Proteste gegen ein Produktionswerk für Seltene Erden des australischen Konzerns Lynas zur größten Umweltbewegung in der Geschichte des Landes angewachsen. An vielen Orten hoffen PolitikerInnen, dass der Rohstoffreichtum zur Entwicklung beiträgt,

während Erfahrungen in Indonesien oder den Philippinen das Gegenteil belegen. Mit Laos und Burma öffnen sich zwei Staaten gerade ausländischen Investoren, doch die negativen Konsequenzen werden auf die BewohnerInnen vor Ort abgewälzt. Soziale Bewegungen in den Philippinen hatten genug vom reinen Protest und den Versuchen, einzelne Abbauprojekte zu verhindern. Sie formulierten ein alternatives Gesetz (Philippine Mineral Resource Act of 2011) und brachten dieses ins Parlament ein.

Mit dieser Beilage zu Bergbau & Alternativen in Südost-/Ostasien möchten wir den Blick auf die lokalen Widerstände richten und Alternativen vorstellen, die vor Ort erkämpft werden sollen. Wir möchten zeigen, dass Rohstoffreichtum nicht unbedingt ein Entwicklungshemmnis sein muss, dass jedoch ohne die Partizipation der lokalen Bevölkerung keinerlei zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden können.

»Um Unternehmen wie Ihres anzulocken, haben wir Berghänge gerodet, Urwälder niedergehauen, Moore trockengelegt, Flüsse umgeleitet, Städte umgesiedelt ... alles, um es für Sie und Ihr Unternehmen einfacher zu machen, hier Ihr Geschäft zu betreiben.«

Philippinische Regierung in einer Werbeanzeige 1975

»Wenn Du ein geschütztes Gebiet hast und direkt daneben eine Bergbaukonzession vergibst, dann ist das, als hättest Du ein Restaurant neben einem Schweinestall. [...] Egal welche Zerstörung auf der einen Seite des Zaunes passiert, es wird das Schutzgebiet definitiv ebenso betreffen.«

Dr. Gerado Ortega



Die Belange der lokalen Bevölkerung und Menschenrechte bleiben auf der Strecke.



Mit Bergbau einher gehen großflächige Umweltzerstörung, Waldrodung und Wasserverschmutzung.





In Kuantan (Malaysia) protestieren Lynas-Gegner in ihrer Kampagne gegen die geplanten Bergbauprojekte des Konzerns.

Das Gespenst Bergbau Wie in Malaysia aus Angst Widerstand wird

Bereits seit mehr als zwei Jahren protestieren in Malaysia die lokale Bevölkerung und Aktivist/innen gegen die Errichtung einer umfangreichen Seltene-Erden-Produktionsstätte durch das australische Minenunternehmen Lynas in der Nähe Kuantans an der Ostküste der malaiischen Halbinsel. Der Schock saß tief, als die Bevölkerung durch lokale Medien von den Plänen und der Bewilligung des Projekts seitens der Regierung erfuhr, ohne überhaupt in den Entscheidungsprozess mit einbezogen worden zu sein. Der Widerstand gegen das Projekt ist die Reaktion auf eine ähnliche Anlage des japanischen Miteigentümers Mitsubishi, der zuvor im benachbarten Bundesstaat Perak die Umgebung verseucht und die Gesundheit der Anwohner/innen gefährdet hatte. Der Bevölkerung fehlt nun das Vertrauen in die Regierung, den sicheren Betrieb der Anlage zu gewährleisten.



Kuantan

Die Bedenken sind berechtigt. Die Lynas-Anlage würde circa eine halbe Million Tonnen gefährlichen Festschlamm produzieren, jede Stunde 100.000 m³ Abfallgase in die Atmosphäre abgeben und 500 Tonnen kontaminiertes Wasser in einen Fluss leiten, der ein wichtiges Mangrovenhabitat versorgt. Dieser Fluss mündet nur vier Kilometer von der Anlage entfernt in das Südchinesische Meer, welches die Lebensgrundlage vieler dort ansässiger Menschen darstellt, und das durch seine weißen Sandstrände



zunehmend Touristen anlockt. Dieser Teil des Südchinesischen Meeres bildet das Habitat wichtiger Meeresspezies, wie Wale, Seeschweine und unzähliger Korallenriffe.

Die »Stop Lynas«-Kampagne wird ausschließlich von den betroffenen Anwohner/innen und Aktivist/innen getragen, die ehrenamtlich Protestaktionen organisieren. Zusätzlich wird sie vom Malaysischen Ärzteverband und der Vereinigung von Anwälten unterstützt. Viele Hochqualifizierte aus Malaysia und dem Ausland haben die Pläne Lynas kritisch untersucht und manche, die an der Sicherheit des Projekts zweifeln, werden als Gutachter in den Gerichtsfallen aussagen.

Seit Ausstellung der Betriebslizenz wurden bereits über 1.000 Anträge von zivilgesellschaftlichen Gruppen und beunruhigten Bürger/innen des ganzen Landes eingereicht – nie zuvor hatte ein Projekt in Malaysia so starkes öffentliches Interesse auf sich gezogen und so viel Resonanz und Ängste hervorgebracht. Die Sicherheitsbedenken, die Verschmutzung und das Abfallproblem bleiben ungelöst. In anderen Staaten wäre der Bau vermutlich nicht in Betracht gekommen und eine Genehmigung wäre nie ausgestellt worden. In der Öffentlichkeit erregen vor allem der schnelle Genehmigungsprozess und die Geheimhaltung des Projekts sowie die Selbstgefälligkeit verschiedener Regierungsbehörden den Verdacht krummer Geschäfte. Eines steht bereits fest: für Lynas wird es ein langwieriger Prozess und steiniger Weg werden.



»Bergbau in einem empfindlichen Ökosystem ist an sich schon eine Menschenrechtsverletzung, weil man mit einer Lebensgrundlage spielt, man sie riskiert.« – Virgilio S. Perdigon Jr., Wissenschaftler



Baotou

Ausbeutung auf höchsten Befehl Klein gegen groß in der Inneren Mongolei

Während der Rohstoffrausch viel Geld in Innere Mongolei im Norden Chinas spült, hat die Region gleichzeitig unter seinen schlimmsten Konsequenzen zu leiden. Fatale Umweltzerstörungen und soziale Spannungen zwischen Bürger/innen und Bergbaukonzernen sind an der Tagesordnung. Zwar ist man sich den Risiken und Schädigungen durch den Bergbau bewusst, an erster Stelle stehen aber immer noch die Interessen der Zentralregierung in Peking. Alternativen oder ein weniger extensiver Bergbau sind danach nicht vorgesehen. Die massive Ausweitung des Bergbaus macht zudem bestehende Umweltschutzmaßnahmen zunichte. Eine immer stärker werdende Zivilgesellschaft stellt sich nun jedoch dieser Entwicklung in den Weg und die Behörden haben mit zahlreichen Protesten zu kämpfen.

Rohstoffreichtum als Vorteil?

Die Innere Mongolei ist sehr reich an Rohstoffen. Sie verfügt über die landesweit größten Kohle- und Gasreserven und zahlreiche Bergbauunternehmen bauen in der Region metallische Vorkommen ab. Mit dem Abbau gehen aber zahlreiche ökologische Risiken und Probleme einher, z. B. der Land-, Energie-, und hohe Wasserbedarf der Bergbauindustrie. Insbesondere die Kohlewaschung und das Aufbereiten und Trennen von Mineralien verbrauchen große Wassermengen. Dabei zählt die Innere Mongolei zu den wasserärmsten Regionen der Volksrepublik. Die Entnahme von Grund- und Flusswasser entzieht dem Grasland wichtige Wasserquellen und die Verschmutzung der Gewässer durch Abfallstoffe belastet die Umwelt. Auch kommt es häufig zu schweren geologischen Folgeschäden wie Bergsenkungen und Kohlebränden. Eine weitere Verschmutzungs- und Gefahrenquelle sind Absetzanlagen, in die Produktionsabfälle als Schlamm geleitet werden. Ihre Böden sind teilweise nicht sickerdicht, sodass verschmutztes Wasser ins Grundwasser gelangt – auch das Wasser des Gelben Flusses ist akut bedroht. Schadstoffe im Schmutzwasser können zudem in die Luft gelangen und zu verheerenden Luftverschmutzungen führen. Kommt es zum Bruch des Damms einer Anlage, besteht die Gefahr von Schlammströmen, denen hunderte Menschen zum Opfer fallen können; so auch 2008 in der Provinz Shaanxi.

Bekanntes Gefahren

Die lokalen Behörden wissen um diese Risiken und weisen des Öfteren auf die drohenden Gefahren hin; so auch im Falle des Damms in Baotou. Der Vize-Bürgermeister von Baotou äußerte, dass »im Falle eines Dammsbruchs das Abwasser direkt die Trinkwassersicherheit der Bürger von Baotou gefährden könnte«. Die Bewohner/innen in den umliegenden Dörfern sind ohnehin durch die Anlage gefährdet. Seit der Fertigstellung der Anlage verringerte sich der Ertrag ihrer Ernte erheblich, mittlerweile sind ihre Äcker unbrauchbar. Nutztiere wie Schweine wurden bald krank und den Schafen wuchsen überlange Zähne, sodass sie verhungerten. Auch gesundheitliche Schäden für die Menschen waren eine

Folge. Krankheiten wie Osteoporose und Zahnausfall sind weit verbreitet und die Dorfbewohner/innen berichten von einer gestiegenen Krebsrate. Diese Missstände wollte sich die lokale Bevölkerung nicht weiter gefallen lassen, so wurden Proteste gegen den destruktiven Bergbau ins Leben gerufen. Seit fast zwanzig Jahren geht ein lokaler Kader der Kommunistischen Partei bei den Regierungsbehörden ein und aus, um diesen Protest kundzutun.

Aber auch das Verhalten der Bergbaukonzerne war Zündstoff für Konflikte. Ein Schlüsselereignis war der Tod eines mongolischen Hirten, der von einem Kohlelaster überfahren wurde, als er mit etwa zwanzig anderen Mongolen gegen Staub, Lärm und die Zerstörung des Weidelandes durch die Laster protestierte. Nach einem Streit dem Lastwagenfahrer wurde er absichtlich überfahren. Kurz nach diesem Vorfall brachen große Unruhen aus und etwa 1.000 Student/innen, zumeist die Kinder mongolischer Hirten, strömten in Xilinhot vor das Hauptgebäude der Verwaltung. Als Reaktion darauf bemühte sich die Provinzregierung um Schadensbegrenzung. Sie entsandte hunderte von Bereitschaftspolizisten und nahm Dutzende Protestierende fest. In Teilen der Region wurden sogar zeitweise das Kriegsrecht verhängt und öffentliche Gebäude bewacht. Der Lastwagenfahrer wurde zum Tode verurteilt, um die Protestierenden zu beschwichtigen und die Familie des Getöteten erhielt eine Kompensation. Die betroffene Mine wurde temporär stillgelegt und die Provinzregierung sicherte zu, die Umweltverschmutzung durch den Minenbetrieb verstärkt zu beobachten und einzugrenzen.

Ungewisse Zukunft

Die Provinzregierung hat zudem als Reaktion auf die Unruhen ein Pilotprogramm für »harmonische Minen« in der Unruheregion Xilingol beschlossen. Die Bergbauaufsicht soll gestärkt, illegale Minen geschlossen und es sollen Umweltschulungen für das Bergbaupersonal gehalten sowie der Einfluss des Bergbaus auf die lokalen Bewohner/innen stärker berücksichtigt werden. Jedoch bleibt unklar, welche Veränderungen dies für die Beteiligung der Betroffenen bringt und ob die herrschenden Probleme auf diese Weise gelöst werden können. China verfügt zwar über eine umfassende Umweltgesetzgebung, allerdings ohne spezifische Emissionsstandards für den Bergbau. Auch die Innere Mongolei hat entsprechende Bestimmungen erlassen, die in der Praxis aber nicht immer greifen. Das Hauptproblem ist, dass es keine effektiven Wege gibt, um die Interessen der betroffenen Bürger/innen ernsthaft zu berücksichtigen. Sie reichen Petitionen ein, die letztendlich erfolglos bleiben. Anstatt sich offensiv zu beteiligen, führen sie Abwehrkämpfe gegen die lokale Unrechtssituation, können oder wollen aber keine generellen Fragen an strukturelle Faktoren des Bergbaus stellen. Es fehlen stabile lokale Initiativen, die zum einen über die notwendige Expertise verfügen und zum anderen auf nationaler Ebene vernetzt sind.

Eine Alternative in der Warteschleife Das Alternative Bergbaugesetz der Philippinen

Mit der Hoffnung auf wirtschaftlichem Aufschwung und Entwicklung förderte die philippinische Regierung den Bergbausektor, um internationale Bergbaukonzerne ins Land zu locken. Durch massive Umweltverschmutzungen und Menschenrechtsverletzungen ist diese Hoffnung aber bislang enttäuscht worden. Damit Rohstoffe in Südost-/Ostasien zur Entwicklung beitragen können, müssen insbesondere bestehende Bergbaugesetze auf den Prüfstand gestellt und Alternativen erarbeitet werden. Ein Beispiel für eine solche Initiative ist der *Philippine Mineral Resources Act of 2011*.

Diese Gesetzesvorlage wurde 2009 in den philippinischen Kongress eingebracht und war das Ergebnis langjähriger Treffen und Konsultationen von Anti-Bergbau-Aktivist/innen. Im Gegensatz zum existierenden Bergbaugesetz, in dem Unternehmen sehr günstige Rahmenbedingungen für den Abbau eingeräumt werden, steht nun

der Schutz indigener Gemeinschaften, ein umweltbewusstes Ressourcenmanagement sowie ein demokratischer Entscheidungsprozess, in den alle Beteiligten gleichermaßen eingebunden sind, im Fokus. Dies beinhaltet auch die Einsetzung eines Rates, der sich aus Vertreter/innen der Regierung, des Umweltministeriums, der Zivilgesellschaft, und der indigenen Bevölkerung zusammensetzt. Diesem Rat obliegt die Aufgabe, zu entscheiden, ob Bergbau in dieser Region stattfinden darf und ob die Anträge der Konzerne genehmigt werden sollen. Die Zugeständnisse an die Bergbaukonzerne sind im Vergleich zum bestehenden Gesetz deutlich eingeschränkt. Dementsprechend werden vor allem die maximale Abbaufäche und Pacht-dauer beschränkt und die Unternehmen werden auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit geprüft. Menschenrechtsverletzungen seitens der Konzerne führen automatisch zum Entzug der Abbaulizenz.

Der *Philippine Mineral Resources Act of 2011* ist ein wichtiger Schritt in der Rohstoffgewinnung, der zu einer nachhaltigen Entwicklung in den rohstoffreichen Staaten Asiens beiträgt. Der Rohstoffreichtum könnte somit für alle Beteiligten zu einer Chance werden, einen Bergbau zu betreiben, der auf ökologische sowie gesellschaftliche Interessen Rücksicht nimmt und keine der betroffenen Parteien aus dem Entscheidungsprozess ausschließt. Auch die Menschenrechte könnten auf diese Weise einen neuen Schutz erfahren. Ein solches alternatives Bergbaugesetz kann durch diese Rahmenbedingungen auch als Vorbild für weitere Staaten der Region dienen, die bisher mehr unter dem Bergbau gelitten haben als von ihm zu profitieren. Bis diese Gesetzesvorlage verabschiedet wird, könnten allerdings noch zahlreiche Jahre vergehen, sofern es überhaupt in Kraft treten wird.



Mitspracherecht für Indigene »Wir haben auch etwas zu sagen: ›Ja‹ oder ›Nein!«



Indigene Gemeinschaften gehören in den meisten Fällen zu den Hauptleidtragenden des Bergbaus. Ihre politische Selbstbestimmung wird ihnen aberkannt, zusammen mit dem Anspruch auf das Land ihrer Ahnen, in dem sie seit unzähligen Jahren leben. Es ist nicht einfach nur Land, es ist das Herzstück ihrer Identität und Kultur – Kirche, Lebensquelle und Marktplatz zugleich. Wird ihr Siedlungsgebiet von Bergbaukonzernen als lukratives Abbaugelände entdeckt, ändert sich ihre Lebenssituation schlagartig. Auf einmal stehen sie der Macht der Regierung und der Unternehmen gegenüber, werden aus ihrem Gebiet vertrieben und zunehmend mit Gewalt konfrontiert.

Eskalierende Landkonflikte

So auch im Gebiet um Labai, im Westen der indonesischen Insel Borneo. Für die indigene Bevölkerung bilden die dichten Regenwälder die zentrale Lebensgrundlage. Sie dienen als Jagdgebiet und werden für die Landwirtschaft genutzt. Dabei sind die Bewohner/innen stets bemüht, die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften, um sie für die kommenden Generationen zu bewahren. Vor einigen Jahren erfuhr die indigene Gemeinschaft aus heiterem Himmel, dass die Regierung zwei Konzernen die Lizenz zum Abbau von Bauxit in der Region ausgestellt hat. Als bald darauf die ersten Bagger auftauchten, markierte dies den Beginn einer endlosen Kette von Konflikten, die hauptsächlich den Besitz des Landes betreffen. Während die Indigenen

das Land für sich reklamieren, wurde es von der lokalen Regierung den beiden Konzernen zugesichert. Diese Art der Landnahme ist eines der gravierendsten Probleme, mit denen die indigene Bevölkerung in den Abbaugeländen konfrontiert wird. Mit fatalen Konsequenzen. Der Abbau findet nun auf dem Land statt, auf dem sie seit Generationen Reis- und Kautschuk anbauen und sich so ihre Versorgung und ein Grundeinkommen sichern. Durch die massive Abholzung der Regenwälder wird den Indigenen durch den Bergbau ihr Lebensraum vollständig geraubt. Zudem haben sie auch unter der einhergehenden starken Luft- und Wasserverschmutzung zu leiden.

Zur Behebung dieser Ungerechtigkeiten müssen vornehmlich die indigenen Rechte anerkannt und gestärkt werden. Dass dies gelingen könnte, zeigt sich an einem Beispiel aus Indonesien selbst. Erst kürzlich hat das indonesische Verfassungsgericht als Reaktion auf eine Petition der Interessenvertretung der indigenen Gemeinschaften erklärt, dass die Wälder der indigenen Bevölkerung nicht länger als »Staatswald« klassifiziert werden dürfen. Dies bedeutet, dass die Rechte über diese Wälder in Zukunft ausschließlich bei der indigenen Bevölkerung liegen. Somit ist der Staat nicht mehr befugt, diese aus ihren angestammten Gebieten zu vertreiben. Diese juristische Anerkennung indigener Gemeinschaften und ihrem Land kann künftig dazu führen, dass viele indigene Gruppen Indonesiens ihre verlorenen Territorien offiziell wiedererhalten. Das ist

ein Meilenstein für Indigene und Vorbild für viele andere Abbaugelände in Asien.

Mitsprache statt Ausschluss

Durch diese Stärkung indigener Rechte erhalten die Gemeinschaften nunmehr ein politisches Mitspracherecht und müssen in allen Entscheidungsprozessen, die Bergbauprojekte betreffen, konsultiert werden. Jedem Beschluss muss in diesem Zusammenhang das sogenannte »FPIC-Prinzip« (Free, Prior and Informed Consent; etwa: »freie, vorausgehende und informierte Zustimmung«) zu Grunde gelegt und von allen beteiligten Parteien respektiert werden. Dies beinhaltet, dass indigene Gemeinschaften die Möglichkeit bekommen, ohne Druck und Zwang von außen ihre Entscheidung bzgl. eines Projekts zu treffen, mit der Freiheit, mit »ja« oder »nein« entscheiden zu können. Dies muss in einem angemessenen Zeitrahmen stattfinden, während dem der indigenen Bevölkerung alle notwendigen Informationen in einer ihnen verständlichen Form und Sprache zugänglich gemacht werden müssen. Bevor die endgültige Entscheidung über das Projekt unter der Gemeinschaft selbst getroffen wird, müssen sowohl die komplette Sachlage als auch mögliche Risiken hinreichend analysiert werden.

Durch diese Maßnahmen könnten nicht nur die zahlreich auftretenden Landkonflikte zwischen Bergbauunternehmen und indigenen Gemeinschaften vermieden werden, sondern allgemein die indigenen Rechte gestärkt und ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Umwelt geleistet werden, da die Gemeinschaften das Land mit dem Ziel der Erhaltung der Regenwälder bewirtschaften. Am wichtigsten bleibt jedoch, dass die indigene Bevölkerung nicht mehr aus den sie betreffenden Entscheidungsprozessen ausgeschlossen wird und über ihren Kopf hinweg entschieden wird.

Die Gier nach Wachstum Umwelt und Menschenrechte in Papua-Neuguinea

Das süd-pazifische Entwicklungsland Papua-Neuguinea gehört nach Australien zu den am schnellsten wachsenden Rohstoffländern der Welt. Bedeutende Gas-, Öl, Gold- und Kupfervorkommen haben in den letzten vier Jahren die Wirtschaftsleistung verdoppelt. Missmanagement und Korruption verhindern allerdings, dass der Reichtum des Landes bei seinen Bürgern ankommt. Bergbauprojekte haben zudem zu großflächigen Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen geführt, die die Regierung bisher kaum interessiert.

Die Polizei und die Sicherheitsindustrie begehen Straftaten, ohne dass diese verfolgt werden. Gewalt gegen Frauen ist weitverbreitet. Die 2012 in den Parlamentswahlen gewählte Regierung von Premierminister Peter O'Neill verfügt zwar über eine überwältigende Mehrheit, nur sieben der insgesamt 111 Abgeordneten sind in der Opposition. Eine Umkehr der

Politik hin zu einer verantwortungsvollen und rechenschaftspflichtigen Amtsführung sowie die Bekämpfung der endemischen Korruption stehen bis heute aus.

Extraktive Industrien

Die Bergbauindustrie ist schon seit Jahrzehnten der führende Wirtschaftszweig des Landes, das 1975 von Australien in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Es ist ein typischer Bergbaustaat. 76 Prozent der Exporte und 26 Prozent der Wirtschaftsleistung gehen auf ihr Konto. Hinzu kommt ein 14,5 Milliarden Euro teures Flüssiggasprojekt des US-Multis ExxonMobil, das ab 2014 produzieren soll. Die Regierung hofft, mit 23 Milliarden Euro in drei Jahrzehnten davon zu profitieren.

Das Projekt, das sich über vier Provinzen mit mehr als tausend Landbesitzergruppen erstreckt, ist seit Beginn mit Konflikten behaftet. Kompensationsforderungen für die Landnutzung

und die Beteiligung einheimischer Arbeitskräfte stehen dabei im Vordergrund. Hinzu kommt die Tiefseemine Solwara, die erste ihrer Art weltweit, die gerade in der Bismarcksee gebaut wird. Obwohl die ökologischen Folgen des Offshore-Bergbaus bis heute kaum erforscht sind, erhielt das kanadische Unternehmen Nautilus Minerals 2011 grünes Licht. Die Dritte Welt als industrielles Experimentierfeld.

In der Kritik steht auch die Goldmine Porgera des kanadischen Konzerns Barrick. Der größte Goldproduzent der Erde nahm 2010 im weltweiten Ranking unethischen Verhaltens Platz 12 von 581 Unternehmen ein. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem Sicherheitspersonal und der Polizei, bei denen bisher Dutzende Menschen getötet wurden. Zudem sollen Hunderte von Frauen vergewaltigt worden sein. Barrick bietet den Opfern zwar Entschädigungszahlungen an, aber nur im Gegenzug für die Straffreiheit des Konzerns. Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte ist eingeschaltet.

Hinzu kommt die Ok Tedi Mine, deren Umweltgebaren es 1993 wegen deutscher Firmenbeteiligungen bis in den Bundestag geschafft hat. Täglich werden 60.000 Tonnen Verarbeitungsrückstände in den Fluss Ok Tedi geleitet. Obwohl die Mine heute zu 100 Prozent in den Händen des Landes liegt, stehen Entwicklungsfortschritte aus. Über 3.000 Quadratkilometer Regenwald



Die Abbaugelände verdrängen die empfindlichen Regenwälder immer weiter und wälzen ganze Landschaften um. Ständig kommt es zu enormen Umweltzerstörungen

sind zerstört. Die Menschen haben ihre Lebensgrundlage, den Ackerbau, verloren. Sie müssen sich in den Städten als Hungerlöhner verdingen.

Verantwortungsloses Regierungshandeln

Die Regierung setzt weiterhin auf die ungebremste Ausbeutung von Rohstoffen, ohne zugleich sozial- und umweltverträgliche Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Mehr noch ist der Staat selbst an allen Projekten beteiligt. Er ist zugleich Regulierer, Kontrollinstanz und Anteilseigner. Im Vordergrund steht hier die Gier nach Wirtschaftswachstum, das den Staatshaushalt füllen soll. Dass allein der Haushaltsetat für Entwicklungsprojekte jährlich um knapp 500 Millionen Euro geplündert wird, spielt dabei keine Rolle.

Papua-Neuguinea ist nicht nur eines der ärmsten Länder der Welt. Die gesellschaftliche Ungleichheit ist auch eine der höchsten, wenn nicht die höchste im asiatisch-pazifischen Raum, so die Asiatische Entwicklungsbank. Dabei war das Land noch vor wenigen Jahrzehnten eine egalitäre Stammesgesellschaft ohne jegli-

che soziale Unterschiede – welche eine »Entwicklung«. Nicht nur die mit Beginn der Ölförderung 1997 verbundene Hoffnung der einst stolzen Stammeskrieger der Huli, zu Ölscheichs aufzusteigen, bleibt unerfüllt.

Ganze oben auf der Reformagenda stehen die Transparenz des Regierungshandelns und die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an Entscheidungen. Hinzu kommt die Förderung der vernachlässigten Landwirtschaft, die für 85 Prozent der Menschen das Überleben sichert. Gerade hier wirkt die mit dem Bergbau verbundene sogenannte Holländische Krankheit, die zu einer Aufwertung der einheimischen Währung führt. Agrarexporte (Cash crops) verlieren dadurch an internationaler Konkurrenzfähigkeit. Trotz zahlreicher engagierter NGOs lässt die Zersplitterung des Landes in tausende Ethnien und Kulturen mit 830 Sprachen wenig Zuversicht auf Veränderung aufkommen.

Roland Seib



Vom Ressourcenfluch zur Rohstoffgerechtigkeit

In den Ländern Südost-/Ostasiens mehr und vernetzen sich die Proteste gegen Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und mangelnde demokratische Partizipation im Zuge von Großbergbau zunehmend. Auch in Europa werden bestehende Rohstoffpolitik und asymmetrische Rohstoffpartnerschaften kritisiert und Alternativen formuliert.

Durch die einseitige Ausrichtung auf Versorgungssicherheit für deutsche und europäische Unternehmen geraten die negativen Folgen aus der öffentlichen Wahrnehmung. Die Sicherstellung, dass es im Bergbausektor nicht zu Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen kommt, gehört auch zu den Verpflichtungen der EU und der Bundesregierung. Ein »Nein« der lokalen Bevölkerung zu Großprojekten sollte zu einem Verzicht auf eine Finanzierung, Kreditvergabe oder einen Geschäftsabschluss mit einem Bergbaukonzern führen. Nur bei einer Zustimmung kann man von einer »sicheren Investition« sprechen, an der Banken, Investoren und der Regierung gelegen sein muss. Die Rechte von Menschen müssen ohne Zweifel über denen von Investoren stehen, egal wie lukrativ die Geschäfte auch sein mögen.

Ressourcenfluch im globalen Süden

In den Ländern Südost-/Ostasiens wird Rohstoffreichtum oftmals als Ressourcenfluch wahrgenommen. Vorgestellte Protestbewegungen wollen auf ihre Situation aufmerksam machen und fordern Veränderungen ein. Sie vernetzen sich und erarbeiten Konzepte und Ideen um die Rohstoffe als Bei-

trag für die Entwicklung der eigenen Gesellschaften zu nutzen.

Im Zuge von Bergbau kommt es in den Abbaugeländen Asiens häufig zu zum Teil schweren Menschenrechtsverletzungen. Diese treffen mehrheitlich Umweltaktivisten, Mitglieder indigener Gemeinschaften und weitere Gruppen, die sich gegen Bergbauprojekte stellen. Gerade dort, wo die Interessen der Bergbaukonzerne auf den Widerstand der indigenen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft stoßen, führt eine beidseitige militärische Aufrüstung zur Gefahr von Gewalteskalation, die oftmals gravierende Menschenrechtsverletzungen zur Folge haben. Die Regierungen agieren als Klienten der Bergbaukonzerne und sichern diesen jegliche Unterstützung zu. Dabei blieben oft die Belange der lokalen Bevölkerung sowie die Achtung der Menschenrechte auf der Strecke.

Die Unterstützung der multinationalen Konzerne scheint durch den erhofften wirtschaftlichen Profit die oft lukrativere Option im Vergleich zum Schutz der Rechte der eigenen Bevölkerung zu sein. Anstatt sich auf die abbauenden Unternehmen zu stützen, sollten sich die Regierungen in der Pflicht sehen, den Schutz der Interessen der eigenen Bevölkerung dem zumeist zweifelhaften wirtschaftlichen Optimismus vorzuziehen; zumal der von den Unternehmen propagierte Beitrag zur Entwicklung des Landes in den meisten Abbauregionen bis heute ausgeblieben ist. Dies gerade auch aus dem Grund, dass die Bergbauaktivitäten mit Menschenrechtsverletzungen einhergehen und die extremen Umweltschädigungen der Entwicklung des Landes im Wege stehen.

Aus Protest werden Alternativen

Für einen Paradigmenwechsel hin zu einer gerechten und solidarischen Rohstoffpolitik bedarf es der Formulierung von Alternativen aus der Zivilgesellschaft – hier in Europa und in den Ländern, die direkt von den negativen Auswirkungen der aktuellen Rohstoffpolitik betroffen sind. Mit dem Philippine Mineral Resources Act liegt eine Alternative vor, die zum einen den Erhalt der mineralischen Ressourcen als höchste Priorität respektiert und zum anderen auf die Bedürfnisse der philippinischen Gesellschaft abgestimmt ist.

Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer Rohstoffnutzung, die auch in anderen rohstoffreichen Staaten eine positive Entwicklung unterstützen könnte. Ausführliche Untersuchungen im Vorfeld von Konzessionsvergaben und eine deutliche Stärkung der Menschenrechte zielen darauf ab, dass politische Morde, Militarisierung und Gewalt gegenüber der lokalen Bevölkerung in Zukunft hoffentlich verhindert werden können.

Durch klare Auflagen, demokratische Partizipation von allen Betroffenen auf lokaler und nationaler Ebene, durch die klare Festsetzung von Abgaben, durch die eingeschränkte Nutzung von Holz und Wasser in den Konzessionsgebieten und durch die freie, vorherige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung vor allem der indigenen Gemeinschaften lässt sich Rohstoffreichtum nicht nur als Entwicklungshemmnis, sondern auch als Chance sehen.

Made in Germany

Viele Produkte »Made in Germany« sind stark von Rohstoffimporten abhängig. Damit steht Deutschland in einer hohen Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen des weltweiten Rohstoffabbaus. Die deutsche Politik wird dieser Verantwortung bisher nicht ausreichend gerecht. In allen rohstoffpolitischen Strategie- und Forschungspapieren der Bundesregierung(en) spielen menschenrechtliche und ökologische Ansätze und Standards eine untergeordnete Rolle. In dem Rohstoffstrategie-Papier aus dem Jahr 2010 unterstreicht die Bundesregierung zwar, »dass nachhaltige Entwicklung sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ohne gute Regierungsführung, ohne Achtung der Menschenrechte und ohne Beachtung ökologischer und



Was bleibt noch übrig für die nächsten Generationen?

sozialer Standards nicht möglich ist«, bleibt aber vage bei den Konsequenzen und tritt nur »dafür ein, dass die deutsche Wirtschaft unternehmerisches Handeln an international anerkannten Instrumenten und Initiativen wie der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen ausrichtet.«

Auf eine nennenswerte Beteiligung von NGOs und kritischer Öffentlichkeit in diesem Prozess wurde und wird seitens der Regierung und der Wirtschaft ebenfalls bewusst verzichtet. Detaillierte zivilgesellschaftliche »Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie« wurden 2010 öffentlich vorgestellt und 2013 durch das Positionspapier »Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik« verstärkt. In diesem fordern über 35 Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen eine andere, eine gerechtere und solidarischere Rohstoffpolitik. Der jetzigen mangelt es an einer breiten Konsultation von Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Kernelemente zivilgesellschaftlicher Vorschläge sind die absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs in Deutschland und Europa, die verbindliche Regulierung von Unternehmen im Rohstoffgeschäft (Transparenz, sozial-ökologische Standards, Steuern, Partizipations- und Klagemöglichkeiten für Betroffene) und ein fairer Deal gegenüber den Lieferländern inklusive des Schutzes der Menschenrechte der lokalen Bevölkerungen.

Die Rohstoffpolitik Deutschlands bleibt umkämpft. Bislang dominieren harte Wirtschaftsinteressen, die auf sichere und billige Rohstoffim-

porte drängen. Damit soll unser Produktions- und Konsummodell weiter ungebremst befeuert werden. Kritische WissenschaftlerInnen nennen dies zu Recht eine »imperiale Lebensweise«.

Deutschlands Rohstoffpolitik dient in erster Linie der Versorgungssicherheit der eigenen Wirtschaft. Die häufig auftretenden sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Probleme und Konflikte in den Förderländern werden scheinbar in Kauf genommen, um die deutsche Wirtschaft weiter wachsen zu lassen. Kritische Stimmen wurden und werden bei der Formulierung und Umsetzung der Rohstoffstrategie bislang weitgehend ignoriert.

Vorschläge einer Alternativen Rohstoffpolitik liegen vor, müssen aber von der Zivilgesellschaft in Deutschland noch viel entschlossener und koordinierter vorgebracht werden. Einen Beitrag dazu soll die erste »Alternative Rohstoffwoche« vom 12.-19. Oktober 2013 (mehr Informationen unter: <www.alternative-rohstoffwoche.de>) leisten.

Deutsche Unternehmen sollten sich in der Pflicht sehen, eine Rohstoffstrategie zu verfolgen, die nicht nur die europäischen Interessen im Blick hat, sondern auch die der lokalen Bevölkerung, die direkt von den Auswirkungen betroffen ist. Es müssen ebenso Wege gefunden werden, die europäische Rohstoffpolitik mit einer ökonomischen Entwicklung der asiatischen Staaten zu verbinden. Solange die Konflikte und Umweltzerstörungen fernab von Europa stattfinden, scheinen solche Aspekte jedoch bisher kaum eine Rolle zu spielen.



Entwicklungshemmnis Rohstoffreichtum?!

Neue philippinenbüro-Publikationen zum Thema Bergbau in Asien:

- Jade Lee (2012): *Seltene Erden – Fluch oder Segen für Malaysia?*
- Michael Reckardt (2012): *Wie Rohstoffe in Südost-/Ostasien zur Entwicklung beitragen könn(t)en – Das alternative Bergbaugesetz der Philippinen.*
- Jost Wübbeke (2012): *Bergbau in der Inneren Mongolei: Umweltverschmutzung und Konflikte.*
- Syamsul Rusdi, Denni Nurdwiansyah (2013): *Bauxitabbau: Zwischen Hoffnung und sozioökologischer Krise.*
- Lilli Breining, Michael Reckardt (2011): *Rohstofftausch – Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen.*
- südostasien 2/2013: *Gier nach Rohstoffen. Wo Menschenrechte begraben werden.*

Alle Publikationen können auf <www.asienhaus.de> abgerufen bzw. bestellt werden. Sie finden dort ebenso weitere Literaturhinweise, Hintergrundinformationen sowie Aktionen und Veranstaltungen. Wir laden alle ein, sich eine Meinung zu bilden, Informationen weiterzugeben und mitzumachen bei Veranstaltungen und öffentlichen Aktionen.

Kontakt: <philippinenbuero@asienhaus.de>

Dieses Projekt wurde gefördert von



Mit finanzieller Unterstützung des BMZ



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



philippinenbüro e.V. im Asienhaus

Mitarbeit und Unterstützung

Über jede Unterstützung unserer Arbeit freuen wir uns sehr. Unsere Mitgliedschaft, der den Bezug der südostasien-Zeitschrift und Newsletter enthält, kostet für 60 €/30 € im Jahr. Ihre Mitgliedschaft ist, ebenso wie Spenden, steuerlich absetzbar. Auch kleine Spendenbeträge helfen uns immens, unsere Bildungs- und Informationsarbeit fortzuführen.

Unsere Bankverbindung lautet: philippinenbüro e. V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 37020500, Kontonummer 8218900 IBAN: DE 67370205000008218900, BIC: BFSWDE33XXX

Impressum

Herausgeber: philippinenbüro e. V. im Asienhaus., Hohenzollernring 52, 50672 Köln <www.philippinenbuero.de> | Redaktion/Texte: philippinenbüro e. V. (V. i. S. d. P.): Patricia Janitzki, Jan Pingel, Michael Reckardt, Jade Lee, Jost Wübbeke, Roland Seib, Syamsul Rusdi, Denni Nurdwiansyah | Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen <www.k-mw.de> | Fotos: Manuel Domes, Andy Whitmore, Michael Reckardt, Lilli Breining, Jade Lee, Link-AR Borneo | Druck: taz, Oktober 2013